



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 315 / 2013

Kiel, Donnerstag, 20. Juni 2013

Umwelt / Bienen schützen

Christopher Vogt: Ziel muss es sein, den Schutz der Bienen zu gewährleisten und den Landwirten trotzdem ihre Handlungsfreiheit zu lassen

In seiner Rede zu TOP 23 und 34 (Bienen nachhaltig schützen) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Wir sind uns alle einig, dass wir Bienen schützen wollen. Bienen sind wertvolle Nutzinsekten und für unser landwirtschaftlich geprägtes Land von enormer Bedeutung. Das Bienensterben in ganz Europa in den vergangenen Jahren muss uns alle aufhorchen lassen.

Es ist daher richtig, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung seit 2010 gemeinsam mit den Bundesländern das Deutsche Bienenmonitoring finanziert, um eine gute wissenschaftliche Grundlage zu erhalten, welchen Einfluss zum Beispiel Pflanzenschutzmittel auf Bienenvölker haben und welche Rückstände im Honig bzw. im Bienenbrot verbleiben. Alleine im Jahr 2012 wurden im Rahmen des Monitorings 1105 Bienenvölker von 110 Bienenständen untersucht.

Im Monitoring soll neben dem Einfluss von Pflanzenschutzmitteln aber auch geklärt werden, ob es andere Gründe für das Bienensterben gibt. So werden auch Daten über Parasitenbefall wie durch die Varroa-Milbe erhoben, die den Bienenstock soweit schwächen kann, dass viele der befallenen Bienenvölker den Winter nicht überstehen. Gegen die Varroa-Milbe wird seit Jahren das Mittel Akarizid verwendet, das im Monitoring nachgewiesen wurde. Der Einsatz von Arkazid ist nach den wissenschaftlichen Erkenntnissen unverzichtbar, um die Überlebenschance des Bienenstocks zu erhöhen.

Es konnte in den Ergebnissen der letzten Jahre keine bienentoxische Konzentration von Pflanzenschutzmitteln in Pollen nachgewiesen werden, aber dennoch waren relativ viele Proben durch unterschiedli-

Susann Wilke, Pressesprecherin, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497,
E-Mail: susann.wilke@fdp.ltsh.de, Internet: <http://www.fdp-fraktion-sh.de>

www.fdp-fraktion-sh.de

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

che Mittel belastet. Daher wird es wichtig sein, zu untersuchen, ob das Vorhandensein verschiedener Pflanzenschutzmittelrückstände in Pollen zusammen nicht zu einer kombinatorischen oder chronischen Wirkung der Mittel führt. Es sollten also keine kurzfristigen Schlüsse gezogen werden. Vielmehr sollten zunächst die abschließenden Ergebnisse abgewartet werden, bevor über ein endgültiges Verbot von Neonicotinoiden beschlossen wird.

Daher müssen jetzt die zwei Jahre des Moratoriums genutzt werden, um zu beobachten, ob ein Verbot eine positive Auswirkung auf die Bienenpopulation hat. Es muss jedoch auch betrachtet werden, inwieweit sich durch das Verbot von Neonicotinoiden der Einsatz von anderen Pflanzenschutzmitteln verstärkt. Wir sollten die beiden Anträge noch einmal im Ausschuss beraten. Wir werden uns dann sicherlich auf einen gemeinsamen Antrag einigen können.

Auch die FDP-Fraktion hält es für wichtig, dass sich Schleswig-Holstein aktiv am Deutschen Bienenmonitoring beteiligt, so dass vernünftige Daten über die Anzahl von Bienenvölkern und ihren Zustand zustande kommen.

Dennoch dürfen wir unsere Landwirte nicht vergessen. Sollten die zwei Jahre des Moratoriums in Bezug auf Neonicotinoide keine neuen Erkenntnisse bringen, muss den Landwirten auch wieder die Möglichkeit gegeben werden, diese Insektizide zu nutzen. Das zweijährige Verbot darf nicht ohne wissenschaftliche und fachliche Begründung in ein dauerhaftes Verbot weitergeführt werden.

Gleichzeitig sollten wir im Bereich der Landwirtschaft auch nach Alternativen zu den Insektiziden suchen und versuchen, den Einsatz möglichst gering zu halten bzw. sogar zu vermeiden. Am Ende muss das Ziel sein, den Schutz der Bienen zu gewährleisten und den Landwirten trotzdem ihre Handlungsfreiheit zu lassen.

Landwirtschaft und Imkerei sind in einem gewissen Umfang voneinander abhängig. Eine gegenseitige Information und eine gute Kooperation bringen für beide Seiten Vorteile. Dazu gehört auch die gegenseitige Anerkennung der Erfordernisse von Pflanzen- und Bienenenschutz.“